

Solingen, 9. Februar 2018

Verbindliche Empfehlungen – Falsches Thema zur falschen Zeit!

An unseren Schulen fehlt es an Personal, Ausstattung und Verlässlichkeit! Vor allem an den Grundschulen ist der Schulalltag durch großen Lehrermangel, nicht ausreichenden Ganztagsplätzen, fehlenden Gelingensbedingungen für Inklusion und unzureichender digitaler Ausstattung geprägt. Grundschullehrer*innen und Förderschullehrer*innen arbeiten am Limit – und die neue Landesregierung beschäftigt in ihrem Masterplan Grundschule erst mit Fragen des „richtigen“ Rechtschreibunterrichtes und nun mit den Empfehlungen zum Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule!

Die Diskussion über den Übergang ist so alt wie die Grundschule selbst. In regelmäßigen Abständen werden neue Modelle verordnet oder es wird zu alten zurückgekehrt. Doch damit lässt sich das Grundproblem nicht lösen: Bei zehnjährigen Kindern kann es keine eindeutig richtige Diagnose für deren zukünftige Schullaufbahn geben. Es grenzt an Hellseherei oder den Blick in die Kristallkugel.

Selbstverständlich können Grundschullehrkräfte nach 3 1/2 Schuljahren feststellen, welche Kompetenzen das Kind zu diesem Zeitpunkt erreicht hat und wie der weitere Weg aussehen könnte. Hierbei leisten sie sehr gute Arbeit, indem sie das Kind in seiner sozialen und kognitiven Entwicklung beschreiben. Doch es bleibt eine Empfehlung und eine solche kann nicht zu einer Bestimmung werden. Sich ändernde Einflüsse wie die Pubertät, das soziale Umfeld, Familienstrukturen, Lehrkräfte, Klassenzusammensetzungen oder neue Anforderungen der zukünftigen Schullaufbahn können weder Grundschullehrkräfte noch Eltern verlässlich wissen. Gerade deshalb ist die Zusammenarbeit beider Seiten wichtig. Und diese funktioniert in den meisten Fällen sehr gut! Und es sind die Eltern, die das Kind in beiden Schulstufen begleiten.

Mit guten Gründen wurde die verbindliche Empfehlung der Grundschulen abgeschafft. Doch diese Gründe sollen jetzt nicht mehr gelten, weil einzelne Kinder nicht in die gewählte Schule „passen“? Dies war bisher bei jeder Änderung die Begründung – und die Ergebnisse gleichen sich.

„Wenn der Landesregierung eine Verbesserung der schulischen Ausbildung wirklich wichtig ist, dann ist sie besser beraten, die wesentlichen Dinge guter Bildung anzugehen: Lehrerausbildung und -versorgung, Entlastung und faire Bezahlung von Lehrkräften, Ganztagesplätze mit pädagogischem Personal, zeitgemäße Ausstattung und eine Schulbildung, die alle Schülerinnen und Schüler mitnimmt und entsprechend ihrer Möglichkeiten bestmöglich fördert,“ so Sabine Riffi vom Leitungsteam der GEW Solingen.

Dirk Bortmann
Vorstandsmitglied / Pressereferent

Pressemitteilung